

Zu den einzelnen Petitionen

A. Abschließend behandelte Petitionen

A.1 Begründet abgeschlossene Petitionen

1) Supergrätzl Lichtental

Inhalt der Petition:

Wir fordern das Supergrätzl Lichtental! Aber wer sind 'wir'?

Wir sind die Agendagruppe Lichtental und sind aus Unzufriedenheit mit dem Status Quo entstanden. Die Großstadt ist in ihrer heutigen Form den Herausforderungen globaler Krisen nicht gewachsen. Auch in unserem Grätzl spüren wir die alljährlichen Rekordsommer und auch hier werden die eigenen vier Wände nicht nur bei Pandemien zu eng. Wir sind überzeugt, dass der Zugang zum öffentlichen Raum in der dicht verbauten Großstadt kein Privileg sein darf, sondern ein Recht sein muss. Es wird Zeit, Platz für die Menschen im Grätzl zurückzugewinnen. Aus diesem Grund arbeiten wir seit zwei Jahren an dem Konzept Supergrätzl Lichtental.

Mein Block, Dein Block, Unser Block, Superblock!

Das Supergrätzl Lichtental ist ein Projekt von den Menschen im Grätzl für die Menschen im Grätzl. Alle, die hier wohnen, arbeiten oder den Raum anderweitig nutzen, sollen mitreden können. Auch die Mitglieder der Agendagruppe Lichtental leben alle entweder selbst im Grätzl oder nutzen es regelmäßig. Unser Einsatz ist ehrenamtlich, umso mehr sind wir für die Umsetzung unserer Ideen auf Unterstützung angewiesen. In Fragen der technischen Umsetzung haben wir mit dem Forschungskollektiv Tune Our Block ein Team aus Expert:innen als wertvollen Kooperationspartner gewonnen. Auch im Grätzl selbst haben wir bereits enge Kontakte zu den wichtigsten Institutionen geknüpft. Ebenso wichtig ist uns die Unterstützung und das Wissen von Grätzlexpert:innen, kurz: der Bewohner:innen und Nutzer:innen des Grätzls.

Ein essentieller Teil unseres Superblock-Konzepts ist die Beteiligung: Das Supergrätzl Lichtental soll mit unseren Nachbar:innen und allen, die von den Veränderungen im Rahmen des Supergrätzls betroffen sind, aktiv gestaltet werden. So soll das Supergrätzl Lichtental Vorreiterin im Bezirk und in ganz Wien werden.

Was ist ein Supergrätzl?

Ein Superblock oder Supergrätzl ist ein stadtplanerisches Konzept, das ein Grätzl durch verkehrsberuhigende Maßnahmen lebenswerter gestaltet. Ein Supergrätzl reduziert die Auswirkungen des Klimawandels in der Stadt (Mikroklima), fördert das soziale Miteinander und die Wertschätzung für das eigene Grätzl. Als erstes wird innerhalb des Grätzls der motorisierte Durchzugsverkehr unterbunden. Daneben werden Freiräume durch die

maßvolle Reduktion von Stellplätzen wiedergewonnen. Aktive Mobilität zu Fuß und mit dem Rad wird innerhalb des Supergrätzls sicherer, komfortabler und einfacher.

Wieso passt das Supergrätzl-Konzept so gut ins Lichtental?

Die Grundanforderungen an ein Grätzl, das zu einem Supergrätzl werden soll, sind im Lichtental bereits gegeben: Der motorisierte Verkehr fließt in Hauptverkehrsadern am Rand des Supergrätzls entlang, das durch Althanstraße, Liechtensteinstraße und Alserbachstraße begrenzt ist. Abseits dieser Grundanforderungen liegt im Lichtental viel unausgeschöpftes Potential, welches durch einen Superblock entfaltet werden kann.

Ein Beispiel: Im Zentrum unseres Grätzls liegt ein Park. Das ist an sich schon außergewöhnlich. Der Lichtentaler Park ist jedoch nicht nur das geographische, sondern auch das soziale Zentrum des Grätzls. Er wird von den Kindern aus dem Grätzl (Kindergärten, Volksschule, Jugendzentrum) und Bewohner:innen genutzt, um sich zu erholen, Sport zu treiben, zu spielen und um sich zu treffen. Und er wird sehr stark genutzt. Jeden Sommer zeigt sich: Der Park ist viel zu klein. Viele verbringen auch ihre Ferien im Grätzl, der verfügbare Freiraum wird voll ausgeschöpft. Und trotzdem läuft rund um den Park nicht nur eine Fahrspur, sondern sie ist auf beiden Seiten auch noch von Parkplätzen gesäumt. Die aktuelle Raumverteilung bevorzugt stehende PKWs vor spielenden Kindern. Das muss sich ändern – Deswegen fordern wir das Supergrätzl Lichtental!

Für mehr Informationen: <https://www.agendaalsergrund.at/gruppe-detail/unser-lichtental.html>

Datum der Einbringung:

30. Mai 2023

Form der Einbringung:

Papierform

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-679938-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

3. Juni 2024

6. September 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

4. Oktober 2024

Stellungnahmen:

- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- der Bezirksvorsteherin für den 9. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Saya Ahmad
- der in der Bezirksvertretung für den 9. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "SPÖ Alsergrund (SPÖ)"

- der in der Bezirksvertretung für den 9. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- des ARBÖ, Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich (ARBÖ)
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC)
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Mobilitätsagentur Wien
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Arbeiterkammer Wien
- der Wirtschaftskammer Wien

Empfehlungen an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima und
- die Bezirksvorsteherin für den 9. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Saya Ahmad

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 4. Oktober 2024 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, und an die Bezirksvorsteherin für den 9. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Saya Ahmad, auszusprechen, die bestehende Kooperation mit der Bürger*inneninitiative fortzuführen und weitere Maßnahmen im Sinne der Begrünung und des Klimaschutzes zu evaluieren.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 4. Oktober 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Evaluierung des Pilotprojektes für das Supergrätzl im 10. Wiener Gemeindebezirk noch nicht abgeschlossen ist und dessen gesammelte Erfahrungswerte zukünftig in neue Supergrätzl einfließen sollen.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 4. Oktober 2024 beschlossen, die an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

2) Gegen den autofreien Laurentiusplatz

Inhalt der Petition:

Die Zufahrt zur Pfarrkirche Breitensee soll gewährt bleiben, insbesondere für ältere KirchengängerInnen. Diese werden oft in die Gottesdienste per Fahrtendienst oder durch Angehörige gebracht, da es vielen AnrainerInnen aufgrund ihrer Gesundheit nur möglich ist mit dem Auto anzureisen.

Die am Laurentiusplatz ansässigen Wiener Kleinbetriebe benötigen für ihre betrieblichen Tätigkeiten die Zufahrt sowie Parkmöglichkeiten, um ihre Dienstleistungen im Bezirk durchführen zu können. Weiters wird die Zufuhr zur Post erschwert, dies führt zu vermehrtem Verkehrsaufkommen und zu einer Beunruhigung des Bezirksabschnittes.

Aufgrund des autofreien Laurentiusplatzes kommt es zu vermehrter Parkplatzsuche, welches sich negativ auf den CO₂-Ausstoß auswirkt.

Folglich: werden die Betriebe sowie die Post absiedeln und die Infrastruktur verschlechtert sich deutlich für die AnrainerInnen.

Datum der Einbringung:

24. Oktober 2023

Form der Einbringung:

Papierform

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1304861-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

3. Juni 2024

6. September 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

4. Oktober 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- der Bezirksvorsteherin für den 14. Wiener Gemeindebezirk, Frau Michaela Schüchner
- der in der Bezirksvertretung für den 14. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Wiener Volkspartei Penzing (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 14. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 14. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- des ARBÖ, Auto-, Motor- und Radfahrerbandes Österreich (ARBÖ)
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC)
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Mobilitätsagentur Wien
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft

- der Pfarre Breitensee
- der Wirtschaftskammer Wien

Empfehlung an:

- die Bezirksvorsteherin für den 14. Wiener Gemeindebezirk, Frau Michaela Schüchner

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 4. Oktober 2024 beschlossen, die Empfehlung an die Bezirksvorsteherin für den 14. Wiener Gemeindebezirk, Frau Michaela Schüchner, auszusprechen, die weitere Situation am Laurentiusplatz zu beobachten und unter Einbindung der Anrainer*innen, der Gewerbetreibenden und der Pfarre mögliche Weiterentwicklungen zu prüfen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 4. Oktober 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die geplante Probephase nun beendet wurde und mögliche Weiterentwicklungen unter Einbindung der Bürger*innen, der Gewerbetreibenden und der Pfarre geprüft werden.

3) RADWEG FÜR DIE MAUERBACHSTRASSE IM 14.!

Inhalt der Petition:

Wir brauchen endlich verkehrsberuhigung und einen sicheren Radweg auf der Mauerbachstraße im 14. Bezirk! Nur so kann die Sicherheit für RadfahrerInnen und FußgängerInnen gewährleistet werden. Nur so können Verkehr und Lärm vermindert werden. Nur so kann die Umwelt entscheidend entlastet werden. Außerdem braucht es dort dringend eine 30er Zone und Straßenschwellen für weniger Lärmbelastung und mehr Sicherheit für Familien und Kinder, da leider teils vor Schulen und sogar bei Zebrastreifen das Tempolimit einfach ignoriert wird! Hier leben viele junge Familien und Menschen, die sehr gerne die Möglichkeit nutzen würden auch mit dem Fahrrad in die Schule oder die Arbeit zu fahren, leider ist das auf der Mauerbachstraße von der Hohen Wand Wiese in Richtung Stadt viel zu gefährlich und somit nicht möglich.

Datum der Einbringung:

17. Juni 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-759711-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

8. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- der Bezirksvorsteherin für den 14. Wiener Gemeindebezirk, Frau Michaela Schüchner
- der in der Bezirksvertretung für den 14. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Wiener Volkspartei Penzing (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 14. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 14. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- des ARBÖ, Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich (ARBÖ)
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC)
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima und
- die Bezirksvorsteherin für den 14. Wiener Gemeindebezirk, Frau Michaela Schüchner

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, und an die Bezirksvorsteherin für den 14. Wiener Gemeindebezirk, Frau Michaela Schüchner, auszusprechen, weiterhin an einer attraktiven Rad-Verbindung in der Mauerbachstraße zu arbeiten.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Umsetzung des Radwegs sowohl von Frau Bezirksvorsteherin Michaela Schüchner als auch von Frau amtsführender Stadträtin Mag.^a Ulli Sima in Aussicht gestellt wurde.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die an Frau amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

- 4) "Osmanische Belagerung" statt "Türkenbelagerung" in allen Gebäuden des Landes Wien und der Stadt Wien (wie z.B. in magistratischen Bezirksämtern, Gemeindebauten, Museen und Kultureinrichtungen)

Inhalt der Petition:

Es muss endlich aufhören, türkeistämmige Menschen mit diesem Begriff einer kollektiven Schuldzuweisung und Verantwortung zu konfrontieren. Es ist vor Allem für betroffene Kinder, Schüler*innen und Jugendliche sehr stigmatisierend, traumatisierend und gar nicht integrationsfördernd. Der Ist-Zustand fördert im Gegenteil Hass, Vorurteile und Ausgrenzung gegenüber türkeistämmigen Menschen insbesondere gegenüber Kindern und Jugendlichen im Schulalltag. Das osmanische Reich hatte keine demokratische Staatsform. Eine herrschende Familie war an der Macht und hat den Staat geführt. Die Türkische Republik wurde im Jahr 1923 von Mustafa Kemal Atatürk und seinen Mitstreiter*innen mit dem Ziel gegründet, die Souverintät aller Staaten per Verfassung anzuerkennen und zu respektieren. Für die Taten der ehemaligen osmanischen Dynastie kann man nicht die Bevölkerung pauschal verantwortlich machen. Gerade im 100. Gründungsjahr der jungen türkischen Republik ist es daher höchste Zeit, diese Richtigstellung der Interpretation der Zeitgeschichte zu korrigieren.

Datum der Einbringung:

17. Oktober 2023

Form der Einbringung:

Papierform

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1276123-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

8. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Frau Kathrin Gaál
- der amtsführenden Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, Frau Mag.^a Veronica Kaup-Hasler

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft,
Frau Mag.^a Veronica Kaup-Hasler

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, Frau Mag.^a Veronica Kaup-Hasler, auszusprechen, weitere wissenschaftliche Erkenntnisse sowie Forschungsergebnisse zum Anliegen der Petition zu beobachten und zu evaluieren.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da bereits umfangreiche Überprüfungen stattgefunden haben und auch weiterhin laufend evaluiert werden.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die an Frau amtsführende Stadträtin Mag.^a Veronica Kaup-Hasler ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft zur Information weiterzuleiten.

5) Gürtel: Radspur statt Autospur!

Inhalt der Petition:

Der Radverkehr in Wien nimmt zu, der KFZ-Bestand in den an den Gürtel angrenzenden Bezirken geht zurück. Trotzdem spiegelt sich dieser Trend in der Verkehrsflächenverteilung am Gürtel nicht wieder: Während die bestehende Radinfrastruktur am Gürtel mangelhaft ist, brettet der klima-schädliche Autoverkehr auf 8 Spuren durch dicht besiedeltes Gebiet. Während die Zu-Fußgehenden und RadfahrerInnen sich viele gefährliche Engstellen teilen und es täglich zu Konflikten kommt, hat der Autoverkehr so viel Platz, dass an vielen Stellen am Gürtel sogar geparkt wird. Um die im Klimafahrplan vorgesehenen Ziele einzuhalten (-50% Autoverkehr bis 2030) ist die Umwandlung von Autospuren in Radspuren ein Gebot der Stunde. Sogenannte "protected bike lanes" aus Betonelementen könnten kostengünstig und schnell installiert werden.

Datum der Einbringung:

15. Mai 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-711609-2024 GGK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

8. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- des ARBÖ, Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich (ARBÖ)
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC)
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- der Landespolizeidirektion Wien

Empfehlungen an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität,
Frau Mag.^a Ulli Sima

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, auszusprechen, weiterhin an einer Verbesserung der Radsituation am Gürtel zu arbeiten.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da bereits am gesamten Westgürtel und dem anschließenden Teil des Südgürtels eine durchgängige Befahrbarkeit auf rund 7 km bis zum Anschluss an den Donaukanalradweg besteht und auch weiterhin an einer Verbesserung gearbeitet wird.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

6) Mozartplatz wird autofrei

Inhalt der Petition:

Auf der dicht verbauten Wieden und von den Verkehrsachsen Favoritenstraße, Wiedner Hauptstraße und Paulanergasse flankiert, dient der schöne Mozartplatz schon jetzt als ein Rückzugsort für Menschen, die dem allgegenwärtigen Autoverkehr entfliehen möchten. Schon 1983 wurde die Notwendigkeit der Verkehrsberuhigung am Mozartplatz erkannt und dieser zur erste Wohnstraße Wiens erklärt. Auch wenn der Autoverkehr am Mozartplatz jetzt schon relativ gering ist und tatsächlicher Bedarf an dieser Verkehrsfläche für Autos kaum noch besteht, ist es für eine vorbehaltlos sorgenfreie Benützung dieses wunderschönen Ortes, etwa durch spielende Kinder, notwendig, den Autoverkehr gänzlich umzuleiten. Wir fordern einen autofreien Mozartplatz, damit dieser eine wirkliche Oase der Ruhe werden kann.

Datum der Einbringung:

15. Mai 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-709703-2024 GGK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

8. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- der Bezirksvorsteherin für den 4. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Lea Halbwidl
- der in der Bezirksvertretung für den 4. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "SPÖ – Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 4. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 4. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Wiener Volkspartei Wieden (ÖVP)"
- des ARBÖ, Auto-, Motor- und Radfahrerbandes Österreich (ARBÖ)
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC)
- der Landespolizeidirektion Wien
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft

Empfehlung an:

- die Bezirksvorsteherin für den 4. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Lea Halbwidl

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Empfehlung an die Bezirksvorsteherin für den 4. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Lea Halbwidl, auszusprechen, die Attraktivierung des Mozartplatzes fortzuführen sowie die Aufenthaltsqualität vor Ort zu erhöhen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da bereits Bemühungen für eine umfassende Umgestaltung unter Einbeziehung der Anwohnenden stattfinden.

7) NEIN zum geplanten Umbau Seeböckgasse 1160 Wien zur Fahrradstraße

Inhalt der Petition:

Nähere Erläuterungen sind in der Stellungnahme im Anhang nachzulesen. Kurzfassung: - Anrainer wurden erst jetzt informiert und nicht in die Planung einbezogen, eine Abstimmung wird seitens SPÖ und Grüne Ottakring abgelehnt. - die Seeböckgasse wurde erst vor wenigen Jahren in eine verkehrsberuhigte Zone umgebaut, hat keinen Durchzugsverkehr und kann schon jetzt von Radfahrern in beide Richtungen problemlos genutzt werden. - die Zufahrt zu Wohnhäusern und Gewerbebetrieben wird durch die Teilung der Seeböckgasse in drei sackgassenartige Abschnitte erheblich erschwert, Umwegfahrten sind dann erforderlich und verlagern den Verkehr in parallel laufende Gassen und Straßen - Einsatzfahrzeuge von Polizei, Rettung und Feuerwehr würden durch die Teilung der Seeböckgasse in sackgassenartige Abschnitte eventuell an einer raschen Zufahrt zu einigen Liegenschaften behindert - zusätzliche Beeinträchtigung durch Baulärm/Schmutz neben zwei anderen großen Baustellen im Grätzel - langfristiger Wegfall zahlreicher Parkplätze - während Bauphase unzumutbare Parkplatzsituation, da mit 01.07.2024 bereits die Bauarbeiten für die neuen Wasserrohre in der Lienfeldergasse begonnen haben und dort der Großteil der Parkplätze auf beiden Seiten gesperrt ist, ein neuer Wohnbau in Seeböckgasse 39-41 errichtet wird und nun mit August 2024 im Zuge des Fahrradstraßenprojekts mit den Bauarbeiten vor dem Haus der Barmherzigkeit begonnen werden soll. - Beeinträchtigung der Sicherheit von Kindern und älteren Personen beim Überqueren der Fahrbahn, da Rad- und Scooterfahrer aus Entfernung schlechter wahrzunehmen sind als Autos - das Rad-Netz in Ottakring wurde in den letzten Jahren bereits umfangreich ausgebaut. Auch dort gibt es keine hohe Frequenz an Radfahrern wie z.B. auf Radwegen in Innenbezirken. Eine zusätzliche, parallel laufende Radstraße im Randbezirk Ottakring ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit einer dringenden Erfordernis zu argumentieren *** Der Umbau der Seeböckgasse in eine Fahrradstraße wäre nicht nur eine Verschwendung von Steuergeldern, sondern hätte zahlreiche Nachteile für die Bewohner und hier ansässigen Gewerbebetriebe. Aus all den genannten Gründen sprechen sich Unterstützer dieser Petition gegen den geplanten Umbau der Seeböckgasse zur Fahrradstraße mit Teilung in drei sackgassenartige Abschnitte aus.

Datum der Einbringung:

7. Juli 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-944318-2024 GGK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

8. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- der Bezirksvorsteher-Stellvertreterin für den 16. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Stefanie Lamp
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "SPÖ – Bezirksvorsteher Franz Prokop (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die neue Volkspartei Ottakring (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS-KPÖ (LINKS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "BIER – Die Bierpartei (BIER)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Team HC Strache – Allianz für Österreich (HC)"
- des ARBÖ, Auto-, Motor- und Radfahrerbandes Österreich (ARBÖ)
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC)
- der Landespolizeidirektion Wien
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, auszusprechen, weiterhin die Radinfrastruktur zu verbessern und die Situation in der Seeböckgasse zu beobachten.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da es sich bei der Fahrradstraße in der Seeböckgasse um einen wesentlichen Baustein für die Radinfrastruktur im Westen Wiens handelt.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

8) Phorusplatz jetzt! Autofreier Schulvorplatz für die Volksschule Phorusgasse

Inhalt der Petition:

Noch vor 10 Jahren waren 12 Klassen mit durchschnittlich 20 Kindern in der Schule, mit dem Schuljahr 2024/25 werden es 16 Klassen mit jeweils 25-30 Kindern sein. Gleichzeitig sind mehr Kinder länger in der Schule, denn die Schule wurde in eine verschränkte Ganztagschule umgewandelt, was bedeutet, dass alle Kinder bis mindestens 15h30 in der Schule sind. Die räumlichen Gegebenheiten sind mit diesem Wachstum aber nicht mitgekommen. Es gibt keinen Dachbodenausbau, Ballspielkäfig am Turnsaaltrakt, neu gestalteten Hof, etc. Der Schulhof ist für diese Anzahl Kinder und Anzahl Stunden zu klein. Der Nutzungsdruck ist groß. Auch das Gebäude selbst gerät an seine Grenzen. Der Elternverein ist gemeinsam mit der Schulleitung seit 3 Jahren bemüht möglichst viele Möglichkeiten auszuschöpfen, wie mehr Platz für die Volksschule geschaffen werden kann. Denn gerade in einer inklusiv geführten Schule mit Kindern mit verschiedensten Bedürfnissen, ist es zentral, dass ein großes Raumangebot für verschiedene Tätigkeiten in verschiedenen Gruppensettings zur Verfügung steht. Als eine Maßnahme hat der Elternverein nun das dritte Jahr das Aufstellen der Absperrungen für die Schulstraße von 7h30 - 8h in der Früh organisiert, das sehen wir als Zwischenschritt in Richtung einer permanenten Lösung. Wir sind überzeugt, dass die Phorusgasse mehr kann und dass mit einem autofreien Schulvorplatz das ganze Grätzl aufgewertet wird. Dies hat auch das Bezirksparlament verstanden und schon im Jahr 2022 wurde in der Bezirksvertretungssitzung einstimmig für einen permanent autofreien Schulvorplatz gestimmt! (https://www.meinbezirk.at/wieden/c-politik/phorusgasse-soll-waehrend-schulzeiten-verkehrsberuhigt-werden_a5480356). Kinder lernen, dass der öffentliche Raum nicht nur für Autos da ist, sondern auch für Spiel und Unterricht genutzt werden kann. Mehr Begrünungsmaßnahmen und teilweise Entsiegelung wären möglich. Die aktive Mobilität von und zur Schule würde weiter gefördert werden (Eindämmen von Bring- und Abholverkehr mit dem Auto). Mit dieser Petition wollen wir bezwecken, dass die Politik und Verwaltung die Idee für dieses Projekt nicht vergisst, denn für uns Eltern, Pädagog:innen und Kinder ist nicht nachvollziehbar, warum noch keine weiteren Schritte gesetzt wurden, in knapp zwei Jahren nach dem eindeutigen politischen Willen für eine solche Lösung. Es gibt auch schon Beispiele in unmittelbarer Umgebung: VS Waltergasse und VS Pannaschgasse. Machen wir es möglich! Machen wir den Vorplatz der Volksschule Phorusgasse für die Kinder autofrei!

Datum der Einbringung:

21. Mai 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-731607-2024 GGK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

14. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- der Bezirksvorsteherin für den 4. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Lea Halbwidl
- der in der Bezirksvertretung für den 4. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "SPÖ – Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 4. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 4. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Wiener Volkspartei Wieden (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 4. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- des ARBÖ, Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich (ARBÖ)
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC)
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- der Landespolizeidirektion Wien

Empfehlung an:

- die Bezirksvorsteherin für den 4. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Lea Halbwidl

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Empfehlung an die Bezirksvorsteherin für den 4. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Lea Halbwidl, auszusprechen, weiterhin die Möglichkeit der Einrichtung eines autofreien Schulvorplatzes zu prüfen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Anliegen der Einbringer*innen der Petition in vollem Umfang unterstützt werden und weitere Lösungsoptionen gesucht werden sollen.

9) Lebenswerte Hasnerstraße

Inhalt der Petition:

Das Ziel dieser Petition ist, die Bezeichnung "fahrradfreundliche Hasnerstraße" in die Tat umzusetzen. Die momentane Situation in der Hasnerstraße ist für alle Verkehrsteilnehmer:innen unbefriedigend und für zu Fuß Gehende und Radfahrende unnötig gefährlich. Viele Senkrechtparkplätze in der Hasnerstraße sind mit 4,5 m zu kurz für eine Großzahl der privaten PKWs, als auch für die enorme Anzahl von überlangen Liefer- oder Kastenwägen. Aus diesem Grund ragen viele geparkte KFZ in der Hasnerstraße sowohl in die Fahrbahn als auch weit in den Gehsteig. Dies verlangt, neben konsequenteren Kontrollen, nach baulichen Verbesserungen für zu Fuß Gehende. Momentan ist es an vielen Stellen nicht möglich mit Kinderwagen oder Rollstuhl an den parkenden Autos vorbeizukommen. Genauso braucht es bauliche Verbesserungen für Radfahrende. Durch die momentane Parkordnung wird das Hineinragen in Fahrbahn und Gehsteig forciert. Beim Aus- und Einparken wird viel Zeit benötigt und durch die beengte Situation können KFZ-Fahrende die Verkehrssituation auch nur bedingt wahrnehmen. Dies bringt andere Verkehrsteilnehmer:innen in Gefahr, da diese in Folge oft übersehen werden. Bei in etwa 700 derart unsicheren Parkplätzen allein zwischen Gürtel und U3-Ottakring ist klar, dass solch gefährliche Situationen derzeit mehrmals täglich vor-kommen. Weiters sind an mehreren Stellen die Querungen über die Hasnerstraße etablierte Aus-weichrouten zu existierenden Hauptverkehrsadern (Schleichwege), sodass es aufgrund des dadurch verursachten hohen KFZ-Aufkommens, häufig zu zusätzlichen, gefährlichen Situationen kommt. Dies ist auch aus der hohen Unfallstatistik entlang der Hasnerstraße ersichtlich. Eine derart prekäre Verkehrssituation mindert auch die generelle Motivation zum Radfahren und widerspricht somit fundamental dem Mobilitätsplan der Stadt Wien. Gezielte Änderungen der Einbahnrichtungen würde den Verkehr auf den besagten Ausweichrouten reduzieren. Die Hasnerstraße zählt zu den wertvollsten und schönsten Baumalleen von Ottakring oder sogar ganz Wiens mit insgesamt 300 Bäumen, wobei 81 dieser Bäume älter als 50 Jahre sind. Die aktuelle Parkordnung und die da-mit einhergehende Bodenverdichtung führt jedoch zu erheblichen Schäden am Baumbestand. Dies ist sicher auch ein Grund, warum seit 2020 bereits 95 Bäume aus diesem historischen Baumbestand ersetzt werden mussten. Daher ist es unbedingt notwendig Entsiegelungsmaßnahmen zu ergreifen, um der Bodenverdichtung entgegenzutreten. Zusammengefasst ist unser Ziel den zu Fuß Gehenden und Radfahrenden in der Hasnerstraße mehr Raum zu gewähren, die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und die Flächen für parkende Kraftfahrzeuge entsprechend zu reduzieren sowie Querungen zu entschärfen. Dies wird letztendlich den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmenden gerecht und trägt gleichzeitig zur Verbesserung der Lebensqualität in Ottakring bei.

Datum der Einbringung:

21. Mai 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-736819-2024 GKG

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

14. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- der Bezirksvorsteherin für den 16. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Stefanie Lamp
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "SPÖ – Bezirksvorsteher Franz Prokop (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die neue Volkspartei Ottakring (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS-KPÖ (LINKS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "BIER – Die Bierpartei (BIER)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Team HC Strache – Allianz für Österreich (HC)"
- des ARBÖ, Auto-, Motor- und Radfahrerbandes Österreich (ARBÖ)
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC)
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, auszusprechen, die Situation in der Hasnerstraße laufend zu evaluieren, da bereits einige Verbesserungen im Verlauf der Hasnerstraße verordnet und umgesetzt wurden.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da bereits einige Problemstellen in der Hasnerstraße geprüft wurden und auch in Zukunft Verbesserungsmaßnahmen umgesetzt werden sollen.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die an Frau amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

10) Der Fall Helmut Kand Sexueller Missbrauch im Atelier. Schwester, wir glauben dir

Inhalt der Petition:

„Der angesehene Künstler Helmut Kand hat zwei Frauen unter dem Deckmantel der Kunst sexuell missbraucht und wurde dafür verurteilt. Der Maler setzt seine Karriere ungerührt fort. Doch es könnte weitere Opfer geben.“

Die Zeit, 18. Januar 2024

Helmut Kand wurde letztes Jahr wegen sexuellem Missbrauch an zwei Frauen verurteilt. In Reaktion auf die Entscheidung der Stadt Wien und der Öffentlichkeit, keine Konsequenzen aus dem rechtskräftigen Urteil gegen Kand zu ziehen und die Kunst eines verurteilten Sexualstraftäters immer noch zu präsentieren, erheben unsere Kollektive, Catcalls of Vienna und NiUnaMenos Austria, ihre Stimme.

Es ist inakzeptabel, dass die Stadt Wien weiterhin die Kunst eines verurteilten Sexualstraftäters präsentiert. Indem Gemälde von Helmut Kand an öffentlichen Orten ausgestellt werden, wird ein Sexualstraftäter gefördert und den Opfern von sexuellem Missbrauch eine weitere Demütigung zugefügt sowie Gewalt an Frauen*/FLINTA* verharmlost.

Als Bürger:innen Wiens können wir nicht hinnehmen, dass unsere Stadt eine Plattform für einen Täter bietet. Wir, die Unterzeichnenden und die Kollektive NiUnaMenos Austria und Catcalls of Vienna, fordern die sofortige Entfernung aller öffentlichen Werke des Künstlers Helmut Kand von in der Verfügungsberechtigung der Stadt Wien stehenden Liegenschaften und Gebäuden. Wir fordern ein sicheres und respektvolles Umfeld für alle Menschen im öffentlichen Raum.

Deshalb rufen wir die Stadt Wien dazu auf, sofort zu handeln und die Werke von Helmut Kand zu entfernen. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Wandmalerei, die auf dem Haus der Magdalenenstraße 33 in 1060 zu sehen ist. Es ist an der Zeit, ein klares Zeichen gegen Gewalt an Frauen*/FLINTA* und für die Sicherheit und Würde aller in unserer Stadt lebenden Menschen zu setzen.

Unterzeichnen Sie diese Petition, um Ihre Unterstützung zu zeigen für ein Wien frei von der Kunst eines Sexualstraftäters.

Gemeinsam können wir eine Veränderung bewirken!

Datum der Einbringung:

21. Mai 2024

Form der Einbringung:

Papierform

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-732570-2024 GGK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

14. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, Frau Mag.^a Veronica Kaup-Hasler
- der amtsführenden Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Frau Kathrin Gaál
- von CALLE LIBRE – Verein zur Förderung von Kunst, Kultur & Musik
- des Bezirksvorstehers für den 6. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Markus Rumelhart
- der in der Bezirksvertretung für den 6. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Team Markus Rumelhart – SPÖ Mariahilf (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 6. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien Bezirksvorsteherin Uschi Lichtenegger (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 6. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Neue Volkspartei Mariahilf (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 6. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 6. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da im Wiener Gemeinderat ein Antrag zur Entfernung des Wandbildes einstimmig angenommen wurde und diese Maßnahmen bereits in Umsetzung sind.

11) „Lebenswerte Zentagasse“ Verkehrsberuhigung – Begrünung Lebensqualität

Inhalt der Petition:

Die Zentagasse ist eine der meistbefahrenen Durchzugstraßen im Bezirk Margareten mit einer unzumutbaren Lärm- und Staubbelastung, die sich durch den U-Bahn-Bau und die Verkehrsberuhigung der Reinprechtsdorferstraße noch verzweifelt hat. Sie ist im Augenblick die einzige Möglichkeit für Reisebusse, LKWs und Pendler*innen schnell in Richtung Autobahn zu gelangen. Die Aufenthalts- und Lebensqualität ist niedrig, die Anrainer*innen sind den Emissionen genauso ausgesetzt wie Geschäftstreibende in Erdgeschoßlokalen für die sich die Lage deutlich verschlechtert hat. Es wurde verabsäumt, die Zentagasse in ein nachhaltiges Verkehrskonzept für Margareten einzubinden. Es fehlen Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduktion, Entsiegelung oder Begrünung. Die LKWs die den Aushub des U-Bahn-Baus abtransportieren, verlieren bei jeder Fahrt Material, das längs der Straße liegenbleibt. Die Straßenreinigung wird nur fallweise durchgeführt, sodass eine enorme Feinstaubbelastung entsteht. Um die Zentagasse klimafit zu machen, fordern wir ein nachhaltiges Verkehrskonzept für Margareten, bzw. für das Grätzl zwischen Ramperstorffergasse und Nikolsdorfer Gasse und konkret eine Verbesserung für die Zentagasse: eine Umleitung des Busverkehrs in höherrangige Straßen (Wienzeile, Gürtel), Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduktion entsprechend der für die Zentagasse verordneten 30 km/h durch bauliche Maßnahmen (Fahrbahnanhebung in Kreuzungsbereichen, Gehsteigeinziehung etc.), Geschwindigkeitsanzeiger und eine regelmäßige Straßenreinigung zur Eindämmung der Feinstaubbelastung durch die Baufahrzeuge. Wir fordern Begrünungsmaßnahmen durch Hochstammbäume, Gräser- und Staudenbeete um für ausreichend Kühlung zu sorgen, damit vulnerable Personen besser geschützt werden, einen Fahrradweg von der Wiedner Hauptstraße bis zur Siebenbrunnengasse um diesen Abschnitt an das Radnetz anzubinden bzw. eine Einbahnführung von der Wiedner Hauptstraße bis zur Siebenbrunnengasse um den Durchzugsverkehr zu stoppen.

Datum der Einbringung:

14. Mai 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-703229-2024 GGK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

14. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- der Bezirksvorsteherin für den 5. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a (FH) Silvia Jankovic, M.A.
- der in der Bezirksvertretung für den 5. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 5. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 5. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die neue Volkspartei Margareten (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 5. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 5. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 5. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS-KPÖ (LINKS)"
- des ARBÖ, Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich (ARBÖ)
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC)
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft

Empfehlung an:

- die Bezirksvorsteherin für den 5. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a (FH) Silvia Jankovic, M.A.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 3. Juni 2024 beschlossen, die Empfehlung an die Bezirksvorsteherin für den 5. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a (FH) Silvia Jankovic, M.A., auszusprechen, die Zentagasse weiterhin aktiv zu beobachten und in Evidenz zu behalten.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da nach die temporären Umleitungen nach Abschluss der Bauarbeiten auf der Wiedner Hauptstraße gegen Ende des Jahres 2024 wieder entfernt werden und mit einer Reduktion des Individualverkehrs gerechnet werden kann.

12) Tempo 30 für die Innere Hernalser Hauptstraße

Inhalt der Petition:

Wir fordern eine Temporeduktion von 50km/h auf 30km/h auf dem Abschnitt der Hernalser Hauptstraße zwischen Elterleinplatz und Gürtel! Für die Anrainerinnen und Anrainer, speziell für Familien mit Kindern, hat sich die Wohnsituation in den letzten Jahren massiv verschlechtert: Den gleichberechtigten Anliegen aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer (Stichwort Multi-Modalität) wird nicht Rechnung getragen: -> Statt Fußgänger & Freiheit gibt es mehr Autoverkehr, mehr Lärm, mehr Abgase, mehr Staub und kein Grün -> Statt Fahrradfahren & Sicherheit gibt es viele PKW Abstellflächen und keinen sicheren, baulich getrennten Radweg. -> Statt Flanieren & Shoppen im Bezirk gibt es wenige fußläufige Angebote, wenige attraktive Geschäfte & Lokale, die zum Verweilen einladen oder die Möglichkeit sich im Freien aufzuhalten. Bei einer Verkehrszählung wurde ein harmlos wirkender Mittelwert eruiert, in Wahrheit beobachten wir zwei Phänomene, die beide die Lebensqualität mindern: -> Einerseits ist die Verkehrsregelung nur autofreundlich und fördert das rasche Durchfahren mit >50 km/h: Tagsüber und nachts wird viel zu schnell gefahren, die Intensität des Lärms nimmt zu. -> Andererseits kommt es zu den Stoßzeiten täglich zum Stau - Feinstaub und Abgase belasten das Viertel, weil sich Autos nur im Schrittempo fortbewegen können. In diesem Teilstück der Hernalser Hauptstraße fährt keine Straßenbahn, und seit Jahrzehnten ist der Verkehr als Einbahn ausgelegt, was das sehr schnelle „Durchfahren“ in Richtung Stadt „fördert“; und dieser Teil ist auch kurvenreich, was den Lärm verstärkt: Der motorisierte Individualverkehr (MIV) wird einspurig mit Abbiegespuren vor den Ampeln bei der Bergsteiggasse, Palffygasse, Veronikagasse durch den Bezirk geschleust. Viele Menschen sind mit ihren PKWs zu schnell unterwegs. Die Frequenz des MIVs ist extrem hoch, auch die Frequenz der Lastfahrzeuge hat stark zugenommen: die Lärmbelastung mit durchschnittlich 70 Dezibel ist massiv & gesundheitsgefährdend. Der WHO-Grenzwert liegt bei 53 Dezibel. Aufgrund der geringen Breite hat man einen schmalen Mehrzweckstreifen für den Radverkehr angelegt. Viele Radfahrerinnen und Radfahrer fühlen sich von den nachkommenden Autos bedroht, da sie an parkenden Autos vorbeifahren müssen und einem „Dooring“ (Spontanes Öffnen der Fahrertür) nicht rasch ausweichen könnten, ohne von den Autos gefährdet zu sein. Anscheinend ist es „der Bezirksvorstehung“ wichtig(er), die Parkstreifen beidseitig über die ganze Länge zu erhalten. Fürs Parken gilt die Kurzparkzeit wie in anderen Wiener Geschäftsstraßen. Die Sicherheit der Personen, die sich mit dem Fahrrad fortbewegen, ist offensichtlich zweitrangig. Traditionell war und ist die Hernalser Hauptstraße die Einkaufsstraße von Hernals. Da Abgase, Feinstaub und Lärm das Grätzeln belasten, die hohe Frequenz an durchrasenden Autos das Queren der Straße erschwert - Kundinnen und Kunden können nur im Bereich der Ampelanlagen sicher die Fahrbahn queren - wandern Geschäfte ab. Die verbleibenden Geschäfte machen wenig bis keinen Umsatz und können sich den unattraktiven Standort schwer bis gar nicht mehr leisten. Nur ein sehr potenter Traditionsbetrieb gibt nicht auf und wirkt bis heute als Magnet. Noch. Der gute Mix in der Nahversorgung verschwindet zusehend und viele Geschäftslokale stehen seit Jahren leer, vor allem in der Erdgeschosszone. Die Situation in der Hernalser Hauptstraße könnte mit der Einführung einer Tempo 30 Zone ohne großen finanziellen Aufwand SOFORT verbessert werden. Tempo 30 reduziert nachweislich Lärm, Abgase, Feinstaub und die CO2

Emissionen. Es führt zu mehr Verkehrssicherheit. Mehr Menschen, zu Fuß oder mit dem Rad, bedeuten auch ein Plus für die lokale Wirtschaft - für Geschäftsleute und Gastrobetriebe. Wir Anrainerinnen und Anrainer wollen endlich eine Vision für den Bezirk und ein Umdenken in der Verkehrspolitik: Wir fordern die Tempo 30 Zone in der Inneren Hernalser Hauptstraße!

Datum der Einbringung:

6. März 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-381328-2024 GGK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

14. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- des Bezirksvorstehers für den 17. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Peter Jagsch
- der in der Bezirksvertretung für den 17. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 17. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 17. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die neue Volkspartei Hernals (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 17. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 17. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 17. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS (LINKS)"
- des ARBÖ, Auto-, Motor- und Radfahrerbandes Österreich (ARBÖ)
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC)
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität,
Frau Mag.^a Ulli Sima

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, auszusprechen, die Umsetzung von Tempo 30 auf der Hernalser Hauptstraße zu prüfen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Entwicklung des Verkehrs auf der Hernalser Hauptstraße beobachtet und bereits jetzt auf einen ausgewogenen Mix aus Rad-, Auto- und öffentlicher Verkehr gesetzt wird.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

13) Währinger Gürtel: Grünspur statt Parkspur

Inhalt der Petition:

Wir AnrainerInnen am Währinger Gürtel leiden massiv unter dem Autoverkehr. Vor den letzten beiden Häuserblocks (zwischen Währinger Gürtel 156 und 170, dh Lustkandlgasse und Nussdorfer Straße) öffnet sich der Gürtel von 3 auf 4 Autospuren, die äußerste, gehsteignahe Spur wird als Parkspur und wenig frequentierte Abbiegespur geführt. Wir fordern, diese Spur mittels Begrünnungsmaßnahmen noch in dieser Legislaturperiode aufzuwerten. Als grünes Schutzschild vor der Autolawine, für bessere Luftqualität, zur Abkühlung in den immer heißer werdenden Sommermonaten und zur Steigerung der Lebensqualität an einem der menschenfeindlichsten Straßenzüge der Stadt. Da sowohl der Autoverkehr am Gürtel, als auch der KFZ-Bestand im 9. Bezirk zurückgeht, sehen wir die Politik in der Pflicht, Parkplätze im öffentlichen Raum zu reduzieren um die sog. Garagenflucht zu verhindern. Eine private Verkehrszählung im Februar 2022 hat ergeben, dass nur 2,5% der Autos die Abbiegespur in die Nussdorfer Straße verwenden – weitere 2,5% der Autos verwenden diese Spur, um die wartende Autokolonne mit überhöhter Geschwindigkeit rechts zu überholen um geradeaus zu fahren – was immer wieder zu gefährlichen Situationen und Lärm führt. Bislang vorgebrachte Argumente gegen die Reduktion der Abbiegespur in die Nussdorfer Straße sind leicht zu entkräften: der Kurvenradius zum Abbiegen eines Gelenksbusses ist auch bei 3 Gürtelspuren groß genug. Selbstverständlich soll eine Ladezone für Gewerbetreibende auch mit Begrünnung möglich sein. Damit die abbiegenden Autos in die Nussdorfer Straße nicht den Verkehr stauen lassen, würde es reichen, wenn die Abbiegespur erst 20 Meter vor der Kreuzung beginnt. An dieser Stelle wäre dann auch genug Platz für die Nachtbusstation.

Datum der Einbringung:

17. Juni 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-848954-2024 GGK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

15. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- der Bezirksvorsteherin für den 9. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Saya Ahmad

- der in der Bezirksvertretung für den 9. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der Bezirksvorsteherin für den 18. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Silvia Nossek
- der in der Bezirksvertretung für den 18. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 18. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die neue Volkspartei Währing (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 18. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 18. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- des ARBÖ, Auto-, Motor- und Radfahrerbandes Österreich (ARBÖ)
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC)
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, auszusprechen, die Situation am Gürtel weiterhin zu verbessern sowie Begrünungspotentiale zu prüfen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da für das Jahr 2025 eine Baustelle am Währinger Gürtel Ecke Nussdorfer Straße vorgesehen ist, daher ein kurzfristig Umbau nicht möglich ist, die Situation jedoch geprüft wird.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

14) Verkehrsberuhigung Rittingergasse

Inhalt der Petition:

Die Rittingergasse ist (ausgenommen für Radfahrer) als Sackgasse von der Gerasdorfer Straße und der Anton-Schall-Gasse aus bis zur Ganztags-Volksschule befahrbar. Die Gasse liegt in einem verkehrsberuhigten Bereich und ist eine Tempo-30 Zone. Allerdings überschreitet das derzeitige Verkehrsaufkommen durch Zuliefer-, Zubringer- und Abholverkehr der (seit Herbst 2023) Ganztags-Volksschule sowie der angrenzenden Gemeinde- und Genossenschaftsbauten bereits jetzt die Belastungs- und Schmerzgrenze der Anrainer:

- Die Tempo-30 Zone wird nicht eingehalten. Es wird mit 50-60km/h durch die Tempo-30 Zone gerast, um Kinder pünktlich in die Ganztags-Volksschule zu bringen.
- Ordnungsgemäßes Halten oder Parken ist für Zulieferer-, Zubringer- und Abholverkehre bedeutungslos. Die Anrainer können mit deren Autos oft nicht aus oder in deren Zufahrten bzw. Garagen, weil alles zugeparkt ist.
- Motorräder fahren regelmäßig (auch mitten in der Nacht) trotz der Tempo-30 Zone mit überhöhter Geschwindigkeit und extremer Lautstärke durch die Absperrung und die gesamte Rittingergasse nur um ein paar Ampeln auf der Brünner Straße zu umfahren.
- Zusätzlich wird im Herbst 2024 eine Erweiterung der Ganztags-Volksschule (Verdopplung der Klassenanzahl) das Verkehrsaufkommen noch einmal deutlich erhöhen. Die Rittingergasse bietet aber bereits jetzt nicht genug Platz, dass ordnungsgemäß zu- bzw abgefahren oder gehalten und geparkt werden kann. Zwischen 7:00 und 8:00 fahren derzeit zum Beispiel etwa 130 Autos (was etwa 260 Verkehrsbewegungen entspricht) von beiden Seiten der Rittingergasse (Gerasdorfer Straße und Anton-Schall-Gasse) zu und ab. Bei einer Verdoppelung sind es sogar 500 Autos.

Es besteht dringender Handlungsbedarf! Es braucht unbedingt verkehrsberuhigende Maßnahmen auf der Grundlage eines effektiven Verkehrskonzepts.

NEIN zu überhasteten Aktionen

Maßnahmen, wie die auf Bezirksebene derzeit geplante Kiss&Ride Zone vor dem Haupteingang der Ganztags-Volksschule sind alleine nicht geeignet, um die Verkehrsprobleme in der Rittingergasse zu lösen. Es bedarf vielmehr eines gesamtheitlichen Konzepts um den Verkehr in der Rittingergasse in den Griff zu bekommen.

NEIN zu vermehrtem Verkehrsaufkommen

Um das Verkehrsaufkommen reduzieren zu können, ist es notwendig, dass zunächst der Zubringer- und Abholverkehr zur Ganztags-Volksschule in der Rittingergasse umgelenkt wird. Hier sind innovative und eingreifende Lösungen notwendig, wie zum Beispiel ein Fahrverbot (mit der Zusatz-tafel: "Gilt an Schultagen von 7:00 bis 17:00. Ausnahme Anrainer mit gekennzeichneten Fahrzeugen") in der Rittingergasse von zumindest der Karl-Biedermann-Gasse bis zur Anton-Schall-Gasse. In der Karl-Biedermann-Gasse besteht bereits ein geeigneter Wendehammer der gegebenenfalls erweitert werden kann. Weiters die Schaffung einer Umkehrmöglichkeit im Bereich der Anton-Schall-Gasse durch

Erweiterung des Halte- und Parkverbots auf beiden Fahrbahnseiten. Zudem sind Koschiergasse und die Salomongasse zwingend für den Zubringer- und Abholverkehr der Ganztags-Volksschule zu attraktiveren. Mit diesen Maßnahmen können die Kinder insgesamt von vier, in ungefähr gleichem Abstand von ca. 200m entfernten Punkten (Koschiergasse, Salomongasse, Anton-Schall-Gasse und Karl-Biedermann-Gasse) zur Ganztags-Volksschule gebracht werden. Damit verteilt sich das Verkehrsaufkommen von bisher zwei zentrierte auf vier gleichwertige Zubringermöglichkeiten.

Sowohl der Wendehammer in der Karl-Biedermann-Gasse als auch das Halte- und Parkverbot auf beiden Fahrbahnseiten in der Anton-Schall-Gasse kann bei weiteren Steigerungen des Verkehrsaufkommens ausgebaut werden.

Als geschwindigkeitsreduzierende Maßnahme zur Einhaltung der Tempo-30 Zone in der Rittingergasse ist zum Beispiel ergänzend die Errichtung von Fahrbahnverengungen mit Vorrangregelungen vorzusehen. Die Verbreiterung der Gehsteige und ein Fahrradstreifen ist ohnehin obligatorisch.

Datum der Einbringung:

4. September 2024

Form der Einbringung:

Papierform

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1225161-2024 GGK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

15. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des Bezirksvorstehers für den 21. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Georg Papai
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die neue Volkspartei Floridsdorf (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"

- des ARBÖ, Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich (ARBÖ)
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs (ÖAMTC)
- der Landespolizeidirektion Wien
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft

Empfehlung an:

- den Bezirksvorsteher für den 21. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Georg Papai

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Empfehlung an den Bezirksvorsteher für den 21. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Georg Papai, auszusprechen, die Verkehrssituation in der Rittingergasse aber auch der näheren Umgebung weiterhin laufend zu beobachten und zu evaluieren und bei künftigen Vorschlägen zur Verbesserung über den Einbringer der Petition mit den AnrainerInnen Kontakt aufzunehmen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da bereits verkehrsberuhigende Maßnahmen vorgenommen wurden und es dem Bezirk weiterhin wichtig ist, die Bedenken aller Anrainer*innen ernst zu nehmen und präventiv die Verkehrssicherheit zu verbessern.

15) Waldpark Koloniestraße: Grünraum vollständig erhalten

Inhalt der Petition:

Die Stadt Wien bekennt sich stets zu Maßnahmen gegen Hitzeinseln: Der Waldpark Koloniestraße hat sich, im dicht verbauten Gebiet zwischen den Bauten der Ödenburger Straße und dem Trillerpark, zu einer wichtigen Naherholungszone für alle Generationen entwickelt. Darüber hinaus ist der Baumbestand als Frischluft-Schneise sehr wichtig. Wir wollen den Waldpark unbedingt in der aktuellen Größe erhalten. Problem: Formal umfasst der Waldpark nicht das gesamte begrünte Gebiet, das derzeit von der Bevölkerung als "Waldpark" wahrnehmbar ist. Wie auch die Bezirksvorstehung Floridsdorf bestätigt hat, könnte ein Teil des formal noch nicht gewidmeten Waldpark als Ausweichgrundstück für eine Betriebsansiedlung betonierte und verbaut werden. Wir sind der Meinung, dass unser Bezirk viele Flächen für Betriebsansiedlungen hat und ein Ersatzgrundstück nicht im bereits dicht besiedelten Wohngebiet liegen muss! Lösung: Als Anrainerinnen und Anrainer der überparteilichen und unabhängigen Initiative "Lebenswertes Neu-Jedlersdorf" wollen wir den aktuellen Status im Waldpark erhalten und das gesamte Gebiet vor Verbauung schützen. Dazu soll das ganze, aktuell begrünte Gebiet eine EPK-Widmung als Parkanlage haben, um eine Verbauung für die Zukunft auszuschließen. Als Nachbarn bitten wir Sie / Dich darum, unser Anliegen mit einer Unterschrift zu unterstützen. Herzlichen Dank. Für die überparteiliche und unabhängige Initiative "Lebenswertes Neu-Jedlersdorf": Ingrid Edler Mag. Dessislava Kamenova Ewald Magnes, MA im Namen von Anrainerinnen und Anrainern

Datum der Einbringung:

24. Juni 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-882106-2024 G GK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

15. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen nicht erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- der amtsführenden Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Frau Kathrin Gaál

- des Bezirksvorstehers für den 21. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Georg Papai
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "BIER – Die Bierpartei (BIER)"

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, auszusprechen, die Umwidmung des Waldparks Koloniestraße als gesamtes Gebiet auf eine EPK-Fläche zu prüfen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die von den Einbringer*innen geforderten Maßnahmen geprüft werden.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 weiters beschlossen, die an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

16) Sichern wir den Erhalt des Erlebnishofes Simmering für unser Wien!

Inhalt der Petition:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Wir stehen vor einem großen Umbruch: Der traditionsreiche Erlebnisbauernhof Simmering soll leider weichen und durch das Wohnbauprojekt Weichseltalweg ersetzt werden! Der Hof ist ein wichtiger Lebensraum für zahlreiche Pflanzen- und Tierarten. Jede Grünfläche, die wir erhalten, ist ein Beitrag zum Schutz der Biodiversität und zur Bekämpfung des Klimawandels! Der Erlebnisbauernhof hat Generationen von Familien mit ihren Kindern naturnahe Momente ermöglicht. Im Rahmen von Besuchen von Kindergärten, Schulklassen, wienXtra Ferien-spiel, sowie der Naturfreunde konnten viele Wiener Kinder die Tiere des Hofes und die Natur mitten in der Stadt begreifen, erleben und kennenlernen. Seit 25 Jahren wird auf dem Erlebnisbauernhof auch pferde- und tiergestützte Therapie für traumatisierte Kinder durch eine klinische Psychologin angeboten. Sie arbeitet mit gewaltbetroffenen Kindern und hilft ihnen, ihre Ängste abzubauen und wieder mehr Selbstvertrauen aufzubauen. Dieses wertvolle therapeutische Angebot müsste ebenso der Bebauung weichen. Der Hof wird seit drei Generationen von einer Familie betreut. Deren Tiere (Hunde, Hühner, Katzen, Hasen, Schildkröten, Pferde und Ponys) würden alle ihr Zuhause verlieren. Wir erkennen den Bedarf an Wohnraum an. Doch wir glauben, dass nachhaltige Stadtentwicklung auch den Erhalt von Grünflächen und Erholungsräumen beinhalten muss. Der Erlebnishof ist eine solche grüne Oase, die es zu schützen gilt! Mit Ihrer Unterschrift fordern wir die Stadtverwaltung auf, den Erlebnishof Simmering zu erhalten. Es ist möglich, Wohnraum zu schaffen, ohne den Hof dabei zu opfern. Planungen, die den Fortbestand des Hofes oder eine Weiterentwicklung dessen vorsehen, fehlen derzeit. Die Erarbeitung eines weiteren Nutzungskonzeptes in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien sollte der nächste Schritt sein! Lasst uns gemeinsam für den Erhalt des Erlebnishofs kämpfen und ein sichtbares Zeichen setzen: Für eine Stadt, die ihre besonderen Erholungsräume schützt und für die kommenden Generationen bewahrt. Jede Unterschrift zählt! Vielen Dank für Ihre Unterstützung! Ihre Anrainer:innen & Unterstützer:innen des Erlebnishofes Simmering

Datum der Einbringung:

19. August 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1125172-2024 GGK

Ausschusssitzungen:

4. Oktober 2024

15. November 2024 (einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Dezember 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- der amtsführenden Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Frau Kathrin Gaál
- des amtsführenden Stadtrates für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA
- des Bezirksvorstehers für den 11. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Thomas Steinhart
- der in der Bezirksvertretung für den 11. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 11. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Liste Bezirksvorsteher Paul STADLER – FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 11. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die neue Volkspartei Simmering (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 11. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 11. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 11. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "BIER – Die Bierpartei (BIER)"

Empfehlung an:

- den Bezirksvorsteher für den 11. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Thomas Steinhart

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Empfehlung an den Bezirksvorsteher für den 11. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Thomas Steinhart auszusprechen, die Entwicklungen im Stadtentwicklungsgebiet Weichseltalweg weiterhin unter Einbeziehung der Anrainer*innen aktiv zu beobachten und in Evidenz zu behalten.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da von Seiten der Bezirksvorstehung Simmering signalisiert wurde, an Lösungen zur Erhaltung des Angebots bzw. gegebenenfalls bei der Suche nach Ersatzflächen zu unterstützen.

A.2 Unzulässige Petitionen

Bei folgenden im ersten Halbjahr des Jahres 2024 abschließend behandelten Petitionen war keine Angelegenheit der Verwaltung der Gemeinde einschließlich der Bezirke bzw. keine Angelegenheit der Gesetzgebung oder Verwaltung des Landes Wien im Sinne der Art. I § 1 Abs. 1 Z 2 bzw. Art. II des Gesetzes über Petitionen in Wien betroffen, weshalb der Petitionsausschuss die Unzulässigkeit dieser Petitionen beschloss.

1) Petition

Inhalt der Petition:

Querstrassen sichern

Datum der Einbringung:

15. Juni 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-848548-2024 GGK

Ausschusssitzung:

4. Oktober 2024

2) 30 kmh in ganz Wien und 80 kmh auf Autobahnen in Wien

Inhalt der Petition:

Gründe für Tempo 30 km/h in ganz Wien: Erhöhung der Verkehrssicherheit: Reduzierung der Un-fallzahlen, insbesondere bei schweren Unfällen mit Fußgängern und Radfahrern. Besseres Reakti-onsvermögen der Fahrer bei geringeren Geschwindigkeiten, was zu weniger Kollisionen führt. Ver-besserung der Lebensqualität: Weniger Verkehrslärm, was zu einer ruhigeren und angenehmeren Wohnumgebung führt. Reduzierung der Abgasemissionen, was die Luftqualität verbessert und gesundheitliche Vorteile bringt. Förderung des Rad- und Fußverkehrs: Erhöhung der Sicherheit und Attraktivität von Radfahren und zu Fuß gehen, was zu einer nachhaltigeren Mobilität beiträgt. Weniger Angst vor Verkehrsunfällen, was mehr Menschen dazu ermutigt, das Auto stehen zu las-sen und alternative Transportmittel zu nutzen. Umwelt- und Klimaschutz: Geringerer Treibstoff-verbrauch und damit weniger CO2-Ausstoß, was dem Klimaschutz zugutekommt. Unterstützung der städtischen Ziele zur Reduzierung der Umweltverschmutzung und Einhaltung internationaler Umweltabkommen. Gründe für Tempo 80 km/h auf Autobahnen/Schnellstraßen: Erhöhung der Verkehrssicherheit: Verringerung der Anzahl und Schwere von Verkehrsunfällen durch reduzierte Geschwindigkeit. Verbesserte Kontrolle und Stabilität der Fahrzeuge, besonders in kritischen Situa-tionen. Reduzierung der Umweltbelastung: Weniger Treibstoffverbrauch bei moderateren Ge-schwindigkeiten, was zu einem geringeren CO2-Ausstoß führt. Verringerung der Lärmbelastung in der Nähe von Autobahnen und Schnellstraßen. Vermeidung von Staus und gleichmäßigerer Ver-kehrsfluss: Gleichmäßigere Geschwindigkeiten führen zu einem flüssigeren Verkehrsfluss und kön-nen Staus reduzieren. Besser planbare Fahrzeiten und weniger Stop-and-Go-Verkehr. Gesundheit-liche Vorteile: Weniger Stress für die Fahrer durch geringere Geschwindigkeiten und ein entspann-teres Fahrumfeld. Reduzierung der Feinstaubbelastung, die positive Effekte auf die öffentliche Gesundheit haben kann.

Datum der Einbringung:

8. Juli 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-948236-2024 GGK

Ausschusssitzung:

4. Oktober 2024

3) Sommeröffnung

Inhalt der Petition:

Auch wenn man jedes Jahr im Herbst über den Winter die Winterquartiere aufmacht und die Ob-dachlosen in den vorübergehenden Unterkünften übernachten lässt, so sollte erwähnt werden, dass es auch im Sommer Regentage und kalte Nächte gibt. Auch das Projekt Housing First, welches nach internationalen Statistiken nur 33 Prozent von Obdachlosen ein neues Zuhause geben wird, wird hieran nicht allzu viel ändern.

Wir fordern: Die Winterquartiere sollen auch im Sommer offen haben!

Datum der Einbringung:

13. August 2024

Form der Einbringung:

Papierform

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1103868-2024 GGK

Ausschusssitzung:

4. Oktober 2024

4) Erlaubnis von Dashcams für Radfahrer

Inhalt der Petition:

Wir, fordern die gesetzliche Erlaubnis zur Nutzung von Dashcams für Radfahrer im Straßenverkehr, sowie die Möglichkeit, das aufgenommene Material zur Dokumentation von Verkehrsverstößen und Straftaten zu verwenden. Die zunehmende Zahl von Unfällen und gefährlichen Situationen für Radfahrer im städtischen Verkehr erfordert zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit. Wissenschaftliche Belege: Erhöhung der Verkehrssicherheit: Studien zeigen, dass die Verwendung von Dashcams das Verhalten von Verkehrsteilnehmern positiv beeinflussen kann. Eine Untersuchung des deutschen Verkehrsgerichtstags (2021) ergab, dass Dashcams eine abschreckende Wirkung auf riskantes Verhalten im Straßenverkehr haben können (Schulze, 2021). Effektive Beweisführung bei Unfällen: Laut einer Analyse der University of Southampton (2022) können Dashcam-Aufnahmen entscheidende Beweise liefern, um die Schuldfrage bei Unfällen zu klären. Dies trägt zur Gerechtigkeit bei und unterstützt die Durchsetzung von Verkehrsregeln (Walker & Jones, 2022). Förderung des sicheren Radverkehrs: Eine Studie des österreichischen Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KFV, 2022) hebt hervor, dass Radfahrer besonders gefährdet sind und Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Sicherheit im Straßenverkehr notwendig sind. Die Nutzung von Dashcams kann dabei ein wirksames Mittel sein, um gefährliches Verhalten anderer Verkehrsteilnehmer zu dokumentieren und zu ahnden. Unsere Forderungen: Erlaubnis zur Dashcam-Nutzung: Radfahrern soll gesetzlich gestattet werden, Dashcams während ihrer Fahrt zu verwenden, um potenziell gefährliche Situationen im Straßenverkehr zu dokumentieren. Verwendung von Aufnahmen bei Verkehrsverstößen: Dashcam-Aufnahmen von Radfahrern sollen als Beweismaterial bei der Anzeige von Verkehrsverstößen oder Straftaten anerkannt werden. Dies soll insbesondere zur Dokumentation von gefährlichem Verhalten wie etwa dichtem Überholen, Nötigung oder anderen Verstößen dienen. Schutz der Privatsphäre: Es sollen klare Regelungen geschaffen werden, um den Datenschutz und die Privatsphäre aller Verkehrsteilnehmer zu wahren. Die Verwendung der Aufnahmen soll streng auf den Nachweis von Verkehrsverstößen und Straftaten begrenzt sein. Diese Maßnahmen sind notwendig, um die Sicherheit von Radfahrern im städtischen Verkehr zu erhöhen und die Durchsetzung von Verkehrsregeln zu verbessern. Wir bitten den Gesetzgeber, diesen Antrag zu prüfen und die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen. Quellen: Schulze, M. (2021). Dashcams im Straßenverkehr: Potenziale und rechtliche Herausforderungen. Deutscher Verkehrsgerichtstag 2021. Walker, I., & Jones, T. (2022). The role of video evidence in determining fault in bicycle-motor vehicle collisions. Accident Analysis & Prevention, 161, 106381. Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV, 2022). Verkehrssicherheit von Radfahrern: Eine Analyse der Gefährdungslage in Österreich. KFV Report 2022. Mit freundlichen Grüßen,

Datum der Einbringung:

14. August 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:
MA 62-1114122-2024 GGK

Ausschusssitzung:
4. Oktober 2024

5) Bahnhof Floridsdorf - Schulwege müssen wieder sicher werden

Inhalt der Petition:

1210 Wien, Endstation Floridsdorf. Hier zeigt sich täglich ein beängstigendes Bild. Vor dem Bahnhof, am Ende einer Unterführung, die in die Franklinstraße mündet, versammeln sich rund um die Uhr stark alkoholisierte Personen. Sie lungern an Blumenbeeten und bei Springbrunnen, übergeben sich des Öfteren mitten auf die Schulwege und konsumieren Alkohol und vermutlich noch andere Arten von Drogen. Das Bild, das sich am Beginn eines bedeutenden Bildungscampus zeigt, schürt Ängste. Die Schulkinder (gesamt um die 4000 Kinder) sollen sich wieder sicher in Floridsdorf bewegen können. Mehr Polizei und Sozialarbeiter sind vor Ort täglich gefordert.

Datum der Einbringung:

6. September 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1214588-2024 GGK

Ausschusssitzung:

6. Dezember 2024

6) Wieder-Inbetriebnahme der Bushaltestelle Moritz-Dreger-Gasse

Inhalt der Petition:

In unmittelbarer Nähe zur seit dem 2.9.2024 ohne ersichtliche Vorankündigung aufgelassenen Bushaltestelle befinden sich 2 Schulen, 1 Kindergarten, ein Haus der Heilsarmee mit ca. 100 Einwohnern und vor allem große Gemeindebauten (mit vielen hundert Einwohnern) aus den späten 60er und 70er Jahren, wo nach mehr als 50 Jahren mittlerweile auch viele betagte und auf den öffentlichen Verkehr angewiesene Personen wohnen. Die offenbar notdürftig errichtete "Ersatz-Haltestelle" in der Schererstraße ist zwar "nur" ca. 250m (5-10 Gehminuten) entfernt, aber ohne Unterstellmöglichkeit dem Wetter ausgesetzt und aufgrund der dortigen Umgebung (hauptsächlich Betriebsanlagen und ein paar wenige Einfamilienhäuser) auch sehr "entlegen" - insbesondere für Frauen und Kinder bei Dunkelheit. Die Unterzeichneten bitten um eine zeitnahe Wieder-Inbetriebnahme der Bushaltestelle Moritz-Dreger-Gasse.

Datum der Einbringung:

24. September 2024

Form der Einbringung:

Papierform

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1294887-2024 GGK

Ausschusssitzung:

6. Dezember 2024

7) Supergrätzl

Inhalt der Petition:

Auch mit relativ geringem baulichen Aufwand, aber kluger Planung können Supergrätzl den MIV konsequent reduzieren. Die Stadt entspricht besonders in den Bezirken 1-18 großteils dem Prinzip der 15-Minutenstadt. D.h. nur wenige Menschen sind auf ein eigenes Auto angewiesen. Das erste Supergrätzl in Wien wird nun schon seit fast drei Jahren in Favoriten getestet. International gibt es schon um einiges länger unzählige erfolgreiche Superblocks, die gezeigt haben, dass sich das Leben damit für die allermeisten Anwohner*innen maßgeblich verbessert hat (weniger Lärm, mehr Sicherheit, bessere Luft, mehr gesündere Bewegung, mehr soziale Kontakte und Inklusion, Reduktion der gesellschaftlichen Kosten). Auch der Klimawandel und damit die rechtlichen Verpflichtungen von Verwaltung und Regierungsstellen verlangen nach einer drastischen Reduktion von fossilen Brennstoffen und großflächiger Bodenversiegelung. Der Verkehr trägt bisher verhältnismäßig wenig zur CO₂-Reduktion bei. Supergrätzl wären eine Möglichkeit den MIV konsequent zu reduzieren, wenn er zahlreich und großflächig im Stadtgebiet umgesetzt wird - mit gleichzeitiger Verbesserung der Lebensqualität.

Datum der Einbringung:

10. Oktober 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1380617-2024 GGK

Ausschusssitzung:

6. Dezember 2024

8) Verbot von Gratiszeitungen in öffentlichen Einrichtungen

Inhalt der Petition:

Heute und Ö24 und dergleichen verbreiten in ihren Wurfblättern Unwahrheiten, Falschmeldungen und tendenziell rassistische Inhalte. Durch die Verteilstationen in zB der U Bahn und an sonstigen öffentlichen Plätzen und Einrichtungen ist die Reichweite dieser Schundblätter äußerst groß und führt so zu Manipulation der Gesellschaft. Rassismus, Hass und Hetze wird so von diesen Gratiszeitungen gefördert. Ein verbot der Verteilerstationen in öffentlichen Einrichtungen wie der Wiener Linien, Behörden, ect. soll vom Gesetzgeber zum Schutz vor Rechter Propaganda umgesetzt werden

Datum der Einbringung:

22. Oktober 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1428259-2024 GGK

Ausschusssitzung:

6. Dezember 2024

9) Verbot von SUV im Stadtgebiet

Inhalt der Petition:

SUV benötigen übermäßig Platz, verpesten übermäßig die Luft und sind Menschenmörder (Sicht auf ein 6 jähriges Kind vor und hinter dem Auto gleich NULL)

Datum der Einbringung:

27. Oktober 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1452706-2024 GGK

Ausschusssitzung:

6. Dezember 2024

10) Verbot von Leihscootern im Stadtgebiet

Inhalt der Petition:

Die Fahrzeuge werden zu großen Teilen als Spaßgefährt genutzt um STVO widrige Handlung zu begehen. Parken auf dem Gehsteig/Radweg, unnötige gefährliche Bremsmanöver, fahren auf dem Gehsteig,.... Ohne Helmpflicht lebensgefährlich!

Datum der Einbringung:

27. Oktober 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1453076-2024 GGK

Ausschusssitzung:

6. Dezember 2024

11) Parkplatz auf Gürtelgehsteig

Inhalt der Petition:

Parken auf dem Gehsteig kann und darf im 21. Jahrhundert nicht mehr geduldet werden. Dieser Zustand führt zu der Behinderung von Rollstuhl, Kinderwagen dar. Deshalb: AUFLASSEN der bestehenden Parkplätze auf dem Gehsteig, Mindestbreite von 3 Metern zwischen Hauswand und Straße!

Datum der Einbringung:

27. Oktober 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1454914-2024 GGK

Ausschusssitzung:

6. Dezember 2024

12) Kinderspielplatz Donaumarina

Inhalt der Petition:

Für das Plangebiet in der Umgebung des Marina Towers fehlt ein Kinderspielplatz, der sowohl von den Kindergärten Wehlstraße 291 (Kindergarten der Stadt Wien) und Wehlstraße 334 als auch von den Anrainer:innen benutzt werden kann. Das Gebiet ist Teil des Stadtentwicklungsgebietes „Waterfront“, ein Prestigeprojekt der Stadt Wien, das zu einem urbanen, gemischt genutzten Quartier mit Fokus auf Grün- und Freiflächen werden soll. Den städteplanerischen Zielvorstellungen entsprechend haben sich in diesem Areal viele Jungfamilien mit Kindern angesiedelt. Allerdings gibt es im gesamten Stadtentwicklungsgebiet keinen Kinderspielplatz! Dies widerspricht dem erklärten Ziel der Schaffung einer attraktiven und adäquaten Freiraumversorgung und stellt die Kindergärten und Familien vor tägliche Herausforderungen. So müssen die Kinder mit dem Bus zum nächsten Spielplatz (im Durchschnitt über einen Kilometer entfernt!) fahren oder auf Flächen ausweichen, die nicht als Spielplatz gedacht sind, was zu Konflikten mit anderen Mitbenutzern führt. Durch einen Spielplatz gewährleistete Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten sind für die gesunde physische und psychische Entwicklung von Kindern unverzichtbar. Es ist daher unumgänglich, dass im Umfeld des Marina Towers auf einer in der Verfügungsberechtigung der Stadt Wien stehenden Liegenschaft ein großer Kinderspielplatz von der Stadt errichtet werden muss!

Datum der Einbringung:

28. November 2024

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1484981-2024 GGK

Ausschusssitzung:

6. Dezember 2024

B. Petitionen mit weniger als 500 Unterstützungserklärungen

Gemäß § 1 Abs. 5 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBl. für Wien Nr. 2/2013 idgF., ist die Abgabe von Unterstützungserklärungen bis zum Ablauf eines Jahres ab der Veröffentlichung einer eingebrachten Petition im Internet möglich.

Folgende 18 Petitionen erreichten binnen Jahresfrist nicht die erforderlichen 500 Unterstützungserklärungen im Sinne des § 1 Abs. 5 des Gesetzes über Petitionen in Wien:

1) Semi-renaturierung der Wien

Inhalt der Petition:

Um die Wien zugänglich zu machen, muss der Standard Prozess durchgemacht werden.. Ideenwettbewerb und so weiter. Weil dass sonst nicht demokratisch wäre. Das System ist schon so gebaut dass Korruption möglichst verhindert wird. Wenn also der politische Wille Entsteht sollte dass eigentlich einfach ausgeführt werden können. Und wenn Die Politik dass Volk wirklich vertritt, dann müsste das eigentlich gehen. Möglicherweise findet auch einfach die Stadträtin dass es eine coole Idee ist, in diesem Fall mach ich gerne noch mehr Darstellungen. Sie können sich immer bei mir melden. Liebe Grüße, Karl

Datum der Einbringung:

30. Mai 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

2) Verlängerung der neuen 12er Bim bis zur U2

Inhalt der Petition:

Laut Medienberichten im Februar soll die geplante Straßenbahn-Linie 12 über die Lassallestraße hinaus ins Stuwerviertel verlängert werden. Jedoch wird mit der geplanten Endhaltestelle Hillerstraße mitten im Wohngebiet ein verbesserter Anschluss an das U-Bahn-Netz versäumt. Denn zwischen Hillerstraße und der nächstgelegenen Station der U2 (Prater-Messe) benötigen selbst nicht mobilitätseingeschränkte Personen mindestens 10 Minuten Transferzeit – ein Umstieg ist so nicht zumutbar. Die Bezirksvertretung Leopoldstadt hat zwar – auf Antrag von LINKS – im März beschlossen, sich für eine Verlängerung bis zu einer U2 Station einzusetzen, am besten gleich bis zum Stadioncenter, danach wurde von der Stadt Wien jedoch die obige Planungsvariante bestätigt. Entlang dieser Strecke gibt es Senior*innenheime und Schulen und damit viele Menschen, die auf die Öffis angewiesen sind. Sollte der geplante Busbahnhof gegen Widerstand vieler Bewohner*innen tatsächlich gebaut werden, würde dieser so besser öffentlich erreichbar sein, wodurch viele Autofahrten vermieden werden könnten. Damit gewinnen die Anrainer*innen der geplanten Linie 12 – sowohl in der Leopoldstadt als auch in der Brigittenau – einen hochqualitativen Anschluss an die U2. Laut Aussagen von Bezirksvorsteher Nikolai (SP) und zuständiger Stadträtin Sima (SP) besteht die Möglichkeit, die Linie 12 "irgendwann" zur U2 zu verlängern. Diese etappenweise Fertigstellung verzögert nicht nur leistungsfähige Öffis für die Bewohner*innen in der Vorgarten- und Engerthstraße südlich vom Stuwerviertel, sondern es entstehen durch Aufbau und Abbau der Endschleife in der Hillerstraße auch zusätzliche, nicht notwendige Kosten. Wir fordern, dass die Bedürfnisse der Bezirksbewohner*innen nicht ignoriert werden und die Linie 12 schon jetzt bis zu einer U2-Station, idealerweise gleich bis zum Stadioncenter geplant wird. Bäume und Grünflächen entlang der Strecke sollen erhalten bleiben.

Datum der Einbringung:

14. Juni 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

3) Verpflichtende Einbindung des Gesundheitsressorts in Agenden der Verkehrsplanung.

Inhalt der Petition:

Die Ursache(n) für zahlreiche Krankheiten sind: Emissionen & Feinstaub Feinstaub stellt für Kinder und Ältere sowie Menschen die an Asthma oder COPD leiden gravierende Gesundheitsrisiken dar. Aber auch für den Rest der Bevölkerung stellt Feinstaub ein großes Gesundheitsrisiko dar. Ein wesentlicher Anteil des Feinstaubes stammt aus Emissionen von Verbrennungsmotoren. Weiters verursacht der Kfz-Verkehr durch Aufwirbeln des Straßenstaubs sowie durch Brems- und Reifenabrieb Feinstaub. Der Feinstaub aus Reifenabrieb steigt mit höherer Geschwindigkeit, weswegen niedrigere Tempolimits hier einen positiven Einfluß haben. Ultrafeinen Partikel können in den Blutkreislauf eindringen, chronische Mikroentzündungen verursachen und Herzinfarkt, Zuckerkrankheit und andere Leiden begünstigen sowie Krebs verursachen. Dieselruß ist von der Weltgesundheitsorganisation als krebserregend eingestuft worden. Auch NO₂ stellt eine Quelle für Gesundheitsgefährdung dar, im Winter versagen die verpflichtend vorgeschriebenen Partikelfilter, diese werden niedrigen Temperaturen einfach deaktiviert. Lärm Neben negativen Effekten auf Herz, Kreislauf und Stoffwechsel kann Lärm auch erhebliche Auswirkungen auf den Schlaf haben, den Stresspegel erhöhen und zu kognitiven Beeinträchtigungen führen. Gereiztheit, Hörstörungen und Tinnitus sowie andere Beeinträchtigungen der Lebensqualität gehören ebenso dazu. Verkehrslärm stellt laut WHO nach der Luftverschmutzung, das zweitgrößte umweltbedingte Gesundheitsrisiko in Europa dar. Auch in Österreich ist die Hauptquelle der Lärmbelastung der Verkehr. Am meisten ist die Bevölkerung von Straßenlärm betroffen: der Hauptanteil des Verkehrslärms wird durch Pkw, Lkw, Busse und Motorräder verursacht. Eine Möglichkeit sind "Lärm-Radar", da vor allem in der Nacht laute Motorräder und getunte KFZ eine große gesundheitliche Belastung darstellen. 1 Motorrad kann in dichten Ballungszentren schnell bis zu 10.000 Menschen aufwecken. Bewegungsmangel Knapp 8 Prozent aller Todesfälle in Österreich sind auf Mangel an körperlicher Aktivität zurückzuführen. Bewegungsaktive Mobilität wie Gehen und Radfahren fördert die Gesundheit. Regelmäßige Bewegung hilft unter anderem gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Typ 2 Diabetes, Adipositas, Demenz und andere chronische Erkrankungen und reduziert das Krebsrisiko. Platz für aktive Mobilität ermöglicht es Menschen sich zu bewegen. Unfälle mit Personenschaden Häufige Ursache sind neben Alkoholkonsum die gefahrene Geschwindigkeit. Eine höhere Geschwindigkeit erhöht das Unfallrisiko. In Helsinki zB sank die Anzahl der Verletzten bei Einführung Tempo 40 um 20%. Das 2018 eingeführte Tempolimit von 30 km/h reduzierte die Anzahl der Verletzten durch Unfälle um weitere 21%. JedeR einzelne Verletzt:e ist ein:e zuviel. Vision Zero. Erderhitzung / Klimawandelanpassung Der KFZ Verkehr benötigt die meiste versiegelte Fläche. Unterhalb der abgestellten Autos bildet sich ein Wärmepolster. Vor allem in Ballungszentren wird Hitze durch die menschengemachte Erderhitzung immer häufiger tödlich. Ältere leiden besonders unter der steigenden Hitze. Schätzungen gehen aber europaweit von 27.000 bis über 70.000 Toten aus. In anbetracht steigender Temperaturen ist die Entsiegelung von versiegelten Flächen um Platz für Bäume und Wiesen zu machen eine dringend notwendige Anpassung. Nur eine drastische Reduzierung des MIV, niedrigere Tempolimits und deren Kontrolle(!), Ausbau der Verkehrsflächen für

aktive Mobilität und großflächige Entsiegelung erlaubt es eine Mobilität zu leben die nicht die Gesundheit der Bevölkerung stark negativ beeinflusst. Die Stadt Wien ist aufgerufen ressortübergreifend Expert:innen aus dem Gesundheitsbereich sowie Wissenschaftler:innen in Entscheidungsprozesse betreffend Verkehrsplanung einzubinden. Schaffen wir gemeinsam eine lebenswerte Stadt. Für Menschen, nicht für Autos. (Quellen: WHO, BMSGPK, VCÖ, Statistik Austria, meduni Wien, BVAEB)

Datum der Einbringung:

13. Juni 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

4) Umbau des letzten Teilstückes der Neubaugasse

Inhalt der Petition:

Als Anrainer-Innen, Geschäftstreibende und Passant_Innen fordern wir, dass endlich – wie schon vor langem angekündigt – der Umbau und die Gestaltung/Begrünung des Neubaugassenabschnittes zwischen Burggasse und Lerchenfelderstraße umgesetzt wird.

Wir fordern dies damit:

1. Die Lärm- und Schadstoffbelastung durch zuviel Verkehr bzw. zu schnell fahrende Autos eingeschränkt wird;
2. Fahrradfahrer_Innen nicht mehr gegen die Einbahn oder am Gehsteig fahren;
3. Endlich ein zeitgemäßes, homogenes Strassenbild entsteht, entsprechend dem oberen Stück der Neubaugasse

Datum der Einbringung:

19. Juli 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

5) kostenlose Frauen WCs in Wien

Inhalt der Petition:

Derzeit ist es leider so, dass Frauen noch wesentlich weniger verdienen und für die meisten öffentlichen WC Anlagen in Wien bezahlen müssen. Bitte um Änderung dieser Situation.

Datum der Einbringung:

14. August 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

6) Mehr gekennzeichnete Parkplätze für Motorräder- und -roller

Inhalt der Petition:

Der Bestand der motorisierten Zweiräder hat sich in Österreich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt (in Wien seit 2010 Zunahme um fast 30%). Leider gibt es innerstädtisch immer noch nur sehr wenige Motorradparkplätze. Durch das Abstellen der Zweiräder zwischen Pkw in kleinsten Parklücken kommt es einerseits immer wieder zu Behinderungen und oft auch zu erheblichen Beschädigungen durch Parkschäden oder umgestoßene Zweiräder und andererseits zu einer nicht optimalen Nutzung des Parkraumes. Viele europäische Städte haben bereits seit längerem deren Parksystem dem Bedarf insofern angepasst (z.B. Triest, Italien), dass es eigens gekennzeichnete Parkplätze in hoher Dichte für Zweiräder gibt. Als sehr sinnvoll hat sich zudem die Nutzung eines Parkstreifens besonders in jenen Straßen gezeigt, die zu schmal für zusätzliche Fahrstreifen oder Pkw-Parkplätze bzw. in denen keine Radwege erforderlich sind. Die Zweiräder stehen hier längs hintereinander in einer Reihe rechts parallel zum Straßenverlauf; bei jedem Parkplatz zeigt eine Bodenmarkierung Länge und Breite des vorgesehenen Platzes je Zweirad an.

Datum der Einbringung:

19. August 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

7) Sunken City retten

Inhalt der Petition:

Die Sunken City ist ein Sommer-Highlight an der Donau! Dort findet Leben statt! Tolle Lokale mit einzigartigem Ambiente! Man kommt über die Brücke und ist im Urlaub! In einer anderen Welt! Das darf nicht einer Betonwüste weichen! Da wird einem Architekturbüro und Baufirmen ein Millionenbudget zugestanden - um einen der schönsten Plätze in Wien zu zerstören! Es gleicht einem Verbrechen!

Datum der Einbringung:

17. August 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

8) Teilweise Umbenennung Kettenbrückengasse

Inhalt der Petition:

Um die Vielfalt der Wiener Straßen- und Gassenbezeichnungen zu erhöhen, sowie zusätzliche Wortspiel-künstlerische Aspekte in Wien einzubringen, wird ersucht, dass die Kettenbrückengasse in Wien ab der Kreuzung Grüngasse umbenannt wird: und zwar in Bettenkrückengasse.

Datum der Einbringung:

26. August 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

9) U2 Verlängerung bis zu Stadtgrenze Essling

Inhalt der Petition:

Laut einer Stadt Wien Statistik gehört der 22. Bezirk zu den stark wachsenden Wiener Gemeindebezirken. Der öffentliche Verkehr wird der wachsenden Bevölkerung in der Donaustadt aber leider nicht mehr gerecht. Vor allem im Stadtteil Essling ist man auf Busse angewiesen, um zu einem schnelleren Transportmittel wie der U2 oder der S-Bahn zu gelangen. Die Intervalle der Busse sind aber teilweise zu lange und daher sind die Busse oftmals stark überfüllt. Zudem wird oft der starke Verkehr in der Donaustadt debattiert, der zum einen aus den vielen niederösterreichischen Pendler:innen resultiert und zum anderen aus den Wiener:innen in der Donaustadt selbst. Daher fordern wir den Ausbau der U2 bis zu Essling Stadtgrenze. Mit der U2 Verlängerung bis zur Stadtgrenze Essling könnten viele niederösterreichische Pender:innen bereits an der Stadtgrenze auf ein öffentliches Verkehrsmittel umsteigen und für die Wiener:innen im 22. Bezirk wäre es auch Anreiz auf das Auto zu verzichten. Somit könnte insgesamt der Verkehr in den Stadtteilen Essling, Aspern und Stadlau reduziert werden.

Datum der Einbringung:

31. August 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

10) Fasangasse lebenswert gestalten

Inhalt der Petition:

Für eine lebenswerte Fasangasse: - Begrünung (derzeit gibt es 3 Bäume) - sicherer Radweg
- Sitzbänke zum Verweilen - mehr Radabstellplätze (z.B. vor den Supermärkten) -
Tempobeschränkung - Vorrang der Bim gegenüber Autoverkehr (Ampelschaltung) -
Reduktion der Autoparkplätze zugunsten von Grünflächen und Sitzmöglichkeiten.

Datum der Einbringung:

1. September 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

11) Schutz vor Baulärm

Inhalt der Petition:

Derzeit ist es in Wien zulässig, Lärm erzeugende Bauarbeiten von Montag bis Sonntag von 6 bis 20 Uhr durchzuführen. Mit dieser Petition wird gefordert, Lärm erzeugende Bauarbeiten, die nicht im öffentlichen Interesse durchgeführt werden, auf Montag bis Freitag von 8 bis 20 Uhr zu beschränken.

Datum der Einbringung:

16. September 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

12) Umwidmung Pratersternparkplatz

Inhalt der Petition:

Umwidmung Pratersternparkplatz zu Grünanlage mit Nachbarschaftsgartln.

Datum der Einbringung:

20. September 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

13) Schließung des Jugendzentrums Z9 in 1090 Wien, Marktgasse 35

Inhalt der Petition:

Wir AnrainerInnen vom Lichtentalerpark fordern die Schließung des Jugendzentrums Z9, sowie dringliche Maßnahmen, um die Sicherheit und den sozialen Frieden wiederherzustellen.

Das Kulturbild im und um den Lichtentalerpark in 1090 Wien hat seit der Neueröffnung des Jugendzentrums Z9 massiv an Wohnqualität verloren.

Bereits unzählige Vorfälle durch auffällige und randalierende Kinder u. Jugendliche zw. 9-16 Jahren sind polizeilich gemeldet worden. Gegenüber den Sozialarbeitern/Freizeitpädagogen im Z9 ist die respektlose Haltung und Missachtung der ortsüblichen Gepflogenheiten durch die Kinder u. Jugendlichen zw. 9-16 Jahren aus dem Jugendzentrum unzählige Male geäußert worden.

Der daraus resultierende Unmut der Nachbarschaft welches ein Recht auf Erholung, Sicherheit und Ruhe hat, fordert die politischen Verantwortlichen hiermit auf sofort das Jugendzentrum Z9 zu schließen, um dem kultivierten Missstand entgegenzuwirken!

Die Duldungsgrenze der AnrainerInnen ist längst überschritten!!!

Die Jugendlichen aus dem Jugendzentrum sowie deren Freunde und Feinde auch aus anderen Bezirken, pöbeln und provozieren Passanten und Hundehalter. Sachbeschädigungen, Schlägereien, Drogenhandel, hantieren mit Schusswaffen und Marihuana Geruch gehören zum Alltagsbild.

Zahlreiche Meldungen der AnrainerInnen an die Verantwortlichen vom Jugendzentrum und die Bezirksvorsteherin vom 9. Bezirk, sowie ein Dialog im vergangenen Jahr 2022 haben keine Verbesserung der Situation bewirkt.

Bitte unterstützen auch Sie uns, damit der Wille der politischen Verantwortlichen geweckt wird. Es muss eine nachhaltige Lösung zum Wohle Aller geschafft werden.

Datum der Einbringung:

21. August 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

14) Ho Feng-Shan Straße in Wien

Inhalt der Petition:

Eine Straße/Gasse (bzw. einen Platz) in Wien nach Ho Feng-Shan - Gerechter unter den Völkern, der im II. Weltkrieg in Wien tausende Juden gerettet hat - zu benennen (ggf. umzubenennen)

Datum der Einbringung:

3. Oktober 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

15) Alkoholverbot am Westbahnhofareal

Inhalt der Petition:

Ein Alkoholverbot am Westbahnhofareal ist längst überfällig. Die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel soll für alle ohne unangenehme Zwischenfälle möglich sein, insbesondere für Frauen. Das Alkoholverbot am Pratersternareal hat es vorgezeigt, ein Wandel ist möglich.

Das Westbahnhofareal ist ein sensibler Verkehrsknotenpunkt, der täglich von tausenden Menschen - darunter auch vielen Frauen frequentiert wird, daher ist es notwendig, dass diesen Menschen eine Reise ohne Belästigung oder Angst möglich gemacht wird.

Daher fordere ich ein Alkoholverbot am gesamten Westbahnhofareal.

Datum der Einbringung:

5. Oktober 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

16) Sportplatz (Fussball, Basketball) am Saarplatz

Inhalt der Petition:

Am Saarplatz gibt es einen sehr netten Spielplatz für Kleinkinder, aber keinen Sportplatz (Käfig zum Fussball oder Basketball spielen) für grössere Kinder, obwohl es genug Fläche im Park gibt. Daher spielen die grösseren Kinder und Jugendlichen in Richtung des Kleinkinderspielplatzes Fussball und schiessen manchmal in den Spielplatz. Ein Sportplatz/Käfig wäre somit eine Bereicherung für alle Altersgruppen und Besucher des Parks.

Datum der Einbringung:

10. Oktober 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

17) Verkehrsberuhigung in der Witthauergasse 1180

Inhalt der Petition:

Liebe Eltern und Anrainer! Die Witthauergasse hat sich in den letzten Jahren leider immer mehr zu einer stark befahrenen Durchgangsstraße entwickelt. Zahlreiche Einbahnregelungen in Gersthof haben dazu geführt, dass die Witthauergasse als letzte direkte Verbindung zwischen der Herbeckstraße und der Gersthofer Straße befahren werden kann. Trotz Tempo 30 fahren hier täglich unzählige Autos, Motorräder, Reisebusse und Lastwagen mit meist deutlich überhöhter Geschwindigkeit. Gerade an den Kreuzungen Witthauergasse/Höhnergasse und Witthauergasse/Wallrissgasse fehlen verkehrstechnische Maßnahmen, um unseren Kindern ein gefahrloses Überqueren der Straße zur Volksschule, zum Kindergarten und zum Spielplatz am Bischof-Faber-Platz zu ermöglichen und vor allem den Verkehr zu entschleunigen. Unsere Forderungen: • Verkehrsberuhigung der gesamten Witthauergasse durch neue Einbahnregelungen, um eine direkte Durchfahrt zu verhindern • Aufdoppelung der Kreuzungen Witthauergasse / Höhnnergasse & Witthauergasse / Wallrissgasse sowie Schutzwege in diesen Bereichen Bitte unterstützen Sie unsere Sammelpetition mit Ihrer Unterschrift, damit der Verkehr in Zukunft aus unserem ruhigen Grätzl wieder auf die umliegenden Hauptverkehrsrueten verlagert wird. Victor Klamert, MSc Mag. (FH) David Breitwieser

Datum der Einbringung:

21. November 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

18) Schutzweg für unsere Kinder bei der Schule Leopold-Kohr-Straße 6

Inhalt der Petition:

Leider befindet sich in der Leopold-Kohr-Straße 6 nur ein sogenannter „Bremschweller“ der nicht mit einem Schutzweg gesichert ist. Es ergeben sich täglich sehr viele Gefährliche Situationen für unsere Kinder, die in die Schule gehen und beim nach Hause gehen. Da die Schule auch eine Volksschule ist und viele jüngere Kinder diese Besuchen und die Autofahrer'innen wenig bis keine Rücksicht nehmen ergeben sich sehr gefährlich Situation für alle Kinder. Ich bitte um einen Schutz für unsere Kinder das sie alle sicher in die Schule kommen und wieder nach Hause kommen. Verbesserung der Situation durch einen Zebrastreifen und eventuell einer Blinkenden Warnanlage und Kennzeichnung das es ein Schulweg ist.

Datum der Einbringung:

25. November 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch